Grossauflage

AZ 6403 Küssnacht am Rigi · 147. Jahrgang · Fr. 2.–

Freitag, 21. Januar 2022 ▪ Nr. 6

FREIER SCHWEIZER

AMTLICHES PUBLIKATIONSORGAN FÜR DEN BEZIRK KÜSSNACHT

ANNEN ARCHITEKTUR
DIPL. ARCHITEKTEN ETH / SIA

HERZLICH WILLKOMMEN
AN DER
SEEBODENSTRASSE 18

IMMOBILIEN AG
Aureus
IHR PROFESSIONELLER PARTNER FÜR IMMOBILIEN
Telefon: 041 855 22 00
www.aureusimmobilien.ch

RAIFFEISEN
Raiffeisenbank Rigi
Reden Sie mit uns
über Ihre Bankgeschäfte.
raiffeisen.ch/rigi

Unterdorf

Definitives Aus für Verkehrsversuch

mn. Letzten Juni kündigte der Bezirksrat an, das Unterdorf versuchsweise durch ein Einbahnregime vom Verkehr zu entlasten. Dieser Versuch wäre für letzten Herbst geplant gewesen, doch gingen sieben Beschwerden beim Regierungsrat ein. Dieser hiess nun die Beschwerden gut. Folglich wird es keinen Verkehrsversuch im Unterdorf geben. Der Bezirksrat hat den Entscheid zur Kenntnis genommen und wird das Anliegen «wegen der breiten Opposition gegen einen temporären Testbetrieb» nicht weiter verfolgen. **Seite 8**

Neue Zentrumsgestaltung

IG befasst sich mit dem Dorfzentrum

aj. Als die Bevölkerung die Pluralinitiative ‹Lebenswertes Dorfzentrum› annahm, gewährte sie dem Bezirk Küssnacht gleichzeitig einen Zusatzkredit von 2,8 Mio. Franken, um die Qualität der flankierenden Massnahmen zu steigern. Inzwischen hat sich eine Planungskommission rund um Bezirksrat René Hunziker formiert, die gemeinsam mit der neuen Gesamtplanerin IG Rigi das Projekt überarbeitet. **Seite 8**

Eidgenössische Abstimmung

Mehr Fördergeld für Medien?

fab. Es geschieht nicht alle Tage, dass der ‹FS› vom Resultat einer eidgenössischen Volksabstimmung direkt betroffen ist. Am 13. Februar wird es für einmal so sein, wenn das Schweizer Stimmvolk über das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien befindet. Der ‹FS› blickt dem Abstimmungssonntag mit Spannung entgegen, denn bei einem Ja erhielte er Fördergelder in voraussichtlich fünfstelliger Höhe. «Das würde uns etwas Luft verschaffen», sagt Verlagsleiter Pascal Kaiser. Auch beim ‹FS› verringern sich die Werbeeinnahmen von Jahr zu Jahr. Zu kompensieren sind sie auf einem derart kleinen, klar begrenzten Markt kaum. Zudem steigen die Versandkosten und die Papierpreise.

SVP-Kantonsrat Samuel Lütolf sammelte letzten Sommer Unterschriften für ein Referendum gegen das Medienpaket. Er spricht von «Almosen», die der ‹FS› nach einem Ja erhielte, derweil Grossverlage deutlich stärker subventioniert würden. Unter anderem deshalb stimmt Lütolf am 13. Februar Nein. Daneben kritisiert er die vorgeschlagene Förderung von Online-Medien und wähnt die Unabhängigkeit der Journalisten in Gefahr. **Seiten 6 und 7**

Für Pascal Kaiser (l.) und den ‹FS› brächte das Medienpaket etwas Entlastung, in den Augen von SVP-Kantonsrat Samuel Lütolf (r.) schafft es nur Probleme. *Foto: mn*

Asylwesen

Stärkerer Fokus auf Integration

Die Asylzahlen sind seit mehreren Jahren tief. Im Fokus steht heute weniger die Unterbringung von Asylsuchenden, sondern die Integration jener Personen, die bereits ein Asylverfahren durchlaufen haben. Im Bezirk Küssnacht ist seit einem Jahr Jessica Andrews dafür zuständig. Der ‹FS› hat mit der Sozialarbeiterin gesprochen. **Seite 2**

Gselle-Theater

Eine Produktion der anderen Art

Anstelle einer Theaterproduktion zum Jubiläum begeistert das Gselle-Theater zurzeit mit einem coronakonformen ‹Chrüsimüsi› aus Filmen, Fotos und theatralischen Einlagen. Die Premiere vom Mittwoch begeisterte. Das Ensemble ist glücklich, sich treffen und wieder Theater spielen zu können. Das Publikum freute sich über gute Unterhaltung. **Seite 5**

Bevölkerungsstatistik

Immensee als Wachstumsmotor

Ende 2021 lebten im Bezirk 241 Personen mehr als Ende 2020. Ein Grossteil dieses Anstiegs liegt in Zuzügen begründet. Wie in den Vorjahren entpuppte sich dabei vor allem Immensee als Anzugsort. Die detaillierten Zahlen finden Sie auf **Seite 13**

Kegeln

Europameisterin im eigenen Land?

Als sich Belinda Immoos mit 16 Jahren dem Kegelsport zuwandte, war sie nicht auf Anhieb begeistert. Einige Kegelabende später war sie allerdings kaum mehr von der Bahn wegzubringen. Heute darf sie sich stolz Meisterin ihres Fachs nennen. Mehr über die Küssnachter Keglerin lesen Sie auf **Seite 17**

Nutzungsplanung

Raumplaner fühlten Küssnachtern den Puls

Im Monséjour diskutierten am Dienstagabend Interessierte über die geplante Gesamtrevision der Nutzungsplanung. Als erste Ortschaft stand Küssnacht im Fokus.

mn. Sie betrifft alle, ist aber keineswegs ein Strassenfeger: die Gesamtrevision der Nutzungsplanung. Das hat vor allem damit zu tun, dass der Stoff umfangreich und die Materie kompliziert ist. Am Dienstag lud der Bezirksrat zum ersten von insgesamt drei Diskussionsabenden ins Monséjour. Rund eine Woche nach der Informationsveranstaltung standen der zuständige Bezirksrat Roman Schlömmer sowie Raumplaner Michael Camenzind der Bevölkerung Red und Antwort. Bevor am Mittwoch Immensee respektive am Donnerstag Merlischachen im Zentrum standen, diskutierten am Dienstagabend knapp dreissig Personen darüber, wo in Küssnacht künftig wie gebaut werden soll. Unter den Anwesenden befanden sich viele Architekten und Personen aus der Baubranche. Die politische Präsenz hingegen war eher dürftig: Ausser den Sozialdemokraten glänzten die Küssnachter Ortsparteien durch Abwesenheit.

> «Wir wollen spüren, ob wir auf dem richtigen Weg sind, oder ob wir komplett falsch liegen.»
>
> *Roman Schlömmer*
> *Bezirksrat*

In den kommenden Ausgaben wird der ‹Freier Schweizer› über die Diskussionsveranstaltungen zu Merlischachen und Immensee sowie über den kommunalen Verkehrsrichtplan berichten. Schon in der heutigen Ausgabe erfahren Sie, welche Themen in Küssnacht am Dienstagabend zu reden gaben. **Seite 11**

ANZEIGE

Sticher innovation
10% Winterrabatt
Gültig bis Ende Februar 2022!
Insektenschutzgitter für Fenster und Türen nach Mass
Chli Ebnet 1 | 6403 Küssnacht | Telefon 041 850 34 26

bisang schreinerei
exakt

9 771661 037056 03

Verlag und Abo: Kreienbühl Druck AG, Bahnhofstrasse 39, 6403 Küssnacht ▪ Telefon 041 854 25 25 ▪ Fax 041 854 25 20 ▪ Telefon Redaktion 041 854 25 23 ▪ Internet www.freierschweizer.ch ▪ E-Mail verlag@freierschweizer.ch

Volksabstimmung zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Wer profitiert von der Medienförderung – und schad

Soll man am 13. Februar das Medienförderungspaket annehmen oder ablehnen? ‹FS›-Verleger Pascal Kaiser und SVP-Kantonsrat Samuel Lütolf sind sich uneins – und kreuzen hier die Klingen.

Interview von Fabian Duss

Was sehen Sie, wenn Sie auf die Schweizer Medienlandschaft blicken? Überall Krise, punktuelle Probleme oder einen funktionierenden, florierenden Markt?
Pascal Kaiser: Von einem funktionierenden, florierenden Markt kann man sicher nicht reden. Die Zeitungslandschaft hat sich massiv verändert. Seit 2003 sind 70 Zeitungen eingegangen, die wichtige Funktionen fürs gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben hatten. Sehr schwer wiegt der Rückgang der Werbeeinnahmen. Viele Verlage, wie auch wir, leben zu einem grossen Teil von der Werbung. Obwohl wir eine sehr treue, lokale Stammkundschaft haben, verloren wir in den letzten Jahren massiv an Inseraten. Vor allem überregionale und nationale Kunden verabschieden sich aus den lokalen Blättern. Zudem steigen die Portokosten für die Zeitung und die Papierpreise haben sich massiv erhöht.

Die Schweizer Printmedien haben in den letzten zehn Jahren zwei Drittel ihrer Werbeeinnahmen verloren. Können Sie beziffern, wie die Entwicklung beim ‹FS› war?
Pascal Kaiser: Bei uns ist es nicht ganz so extrem. In den letzten zwei Jahren verzeichneten wir jeweils Inserateeinbussen im zweistelligen Prozentbereich. In absoluten Zahlen möchte ich es nicht beziffern. Im Lokalen funktioniert es immer noch besser, weil viele unserer Stammkunden Freude an unserer Zeitung haben. Selbstverständlich inserieren sie aber nicht aus Goodwill, sondern weil es ihnen auch etwas bringt.

Welches Bild erhalten Sie, Herr Lütolf, wenn Sie auf die nationale Medienlandschaft schauen?
Samuel Lütolf: Es finden Veränderungen statt, wie es sie in anderen Branchen auch gibt. Es gibt einen Wandel von den Printzeitungen in den digitalen Raum, weil immer mehr Leute Medien online konsumieren. Ich stelle aber auch fest, dass es dadurch ein Mehrangebot gibt. Im Internet können sich viele Leute, die sich kein teures Zeitungsabo leisten können oder wollen, sehr einfach informieren. Ich stelle ausserdem eine Konzentration fest. Wir haben Grossverlage wie CH Media, die in über 20 Zeitungen das Gleiche abdrucken. Für die Medienvielfalt, die ich extrem wichtig finde für die Demokratie und die Meinungsbildung, ist das eine ungute Entwicklung.

Sie sprachen die Verlagerung ins Internet an. Glauben Sie, dass Papier ein Auslaufmodell ist?
Samuel Lütolf: Ich bin überzeugt, dass es auch in Zukunft gedruckte Zeitungen oder Magazine geben wird. Papier ist nicht ein Auslaufmodell, aber es wird sich – wie alles – im Lauf der Zeit verändern. Vor dem Zeitungsdruck gab es ja auch anderes.

Herr Kaiser, Sie verlegen eine Zeitung, die in drei Jahren 150-jährig sein wird. Haben gedruckte Zeitungen überhaupt eine Zukunft?
Pascal Kaiser: Ja, eine grosse Zukunft sogar. Man muss unterscheiden zwischen einer Wochenzeitung und News-Medien. Wir haben das Glück, dass wir nicht wie ‹20 Minuten›, ‹watson› oder ‹Nau.ch› jede Viertelstunde News raushauen müssen. Wir beleuchten die Hintergründe. 90 Prozent der ‹FS›-Abonnenten haben ein Print-Abo, neun Prozent ein Kombi-Abo, das heisst die Printzeitung und das E-Paper und bloss ein Prozent hat ausschliesslich das E-Paper abonniert.

Wie hat sich das in den letzten Jahren verändert?
Pascal Kaiser: Es verschob sich ganz, ganz leicht zur Kombination von Print und E-Paper. Aber klar, Herr Lütolf, da gebe ich Ihnen recht: Die Tendenz vor allem bei den Jungen wird auch bei einer Wochenzeitung langsam in Richtung online gehen. Wir wissen heute noch nicht, welche Technologien es künftig geben wird. Auf jeden Fall müssen wir Schritt halten können – und mit dem Medienpaket würden wir ein paar Franken für diese Transformation erhalten.

Sie sprachen vorhin die sinkenden Werbeeinnahmen an. Wie versuchen Sie das zu kompensieren oder Gegensteuer zu geben?
Pascal Kaiser: Das ist natürlich sehr schwierig. Wir sind auf dem Werbemarkt aktiv und versuchen Online-Werbung zu verkaufen oder Inserate zu vermitteln. Da wir sehr schlank aufgestellt sind, können wir keine Kosten mehr einsparen. Bei der Redaktion können wir keine Leute entlassen, sonst haben wir kein Fleisch mehr am Knochen. Wo ich noch Potenzial sehe, ist bei den Abo-Preisen. Mit 154 Franken sind wir sehr günstig. Vergleichbare Zeitungen wie der ‹Einsiedler Anzeiger›, der ‹Entlebucher Anzeiger› oder der ‹Willisauer Bote›, die ebenfalls zwei Mal pro Woche erscheinen, kosten im Jahr 200 Franken oder mehr. Wenn die Entwicklung so weitergeht, was ich nicht hoffe, müssen wir sicher den Abo-Preis substanziell erhöhen.

Einig sind sich der Küssnachter SVP-Kantonsrat Samuel Lütolf (l.) und ‹FS›-Verleger Pascal Kaiser (r.) nur, dass eine vielfältige Medienlandsc

«Es ist ein Paket für die grossen Medienhäuser und der ‹FS› kriegt ein paar Almosen.»

«Für Vielfalt und Unabhängigkeit braucht es gleich lange Spiesse, nicht Subventionen.»

Samuel Lütolf
Kantonsrat SVP

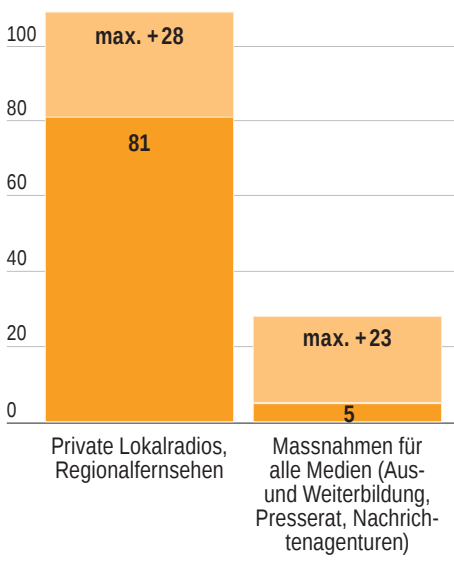
Und wenn das auch nichts nützt, müssen wir Kosten sparen – und da sehe ich eigentlich nur die Reduktion von zwei auf eine Ausgabe pro Woche, wie das andere Zeitungen auch bereits getan haben. Aber ich möchte hier keine Angst schüren: Von diesem Worst-case-Szenario sind wir weit weg.
Samuel Lütolf: Davon bin ich auch überzeugt. Der ‹FS› ist amtliches Publikationsorgan und informiert und berichtet sehr lokal. Das ist ein wachsender Markt, auch in Anbetracht der Bevölkerungszunahme im Bezirk. Deswegen habe ich auch keine Angst, dass es irgendwann kein Bedürfnis mehr nach einem ‹FS› gibt.

Nicht das Bedürfnis steht infrage, sondern die Finanzierbarkeit.
Samuel Lütolf: So lange es Leute gibt, die das lesen und bereit sind dafür zu bezahlen, ist die Zeitung auch finanzierbar.

Das ist ein liberaler Ansatz. Doch ist es so einfach?
Pascal Kaiser: Ich bin auch dagegen, Produkte oder Unternehmen künstlich am Leben zu erhalten, wenn es dafür keine Nachfrage gibt. Die Schweizer Landwirtschaft wird jährlich mit drei Milliarden Franken subventioniert, die SRG erhält jährlich 1,2 Mia. Franken und auch der ÖV ist nicht selbsttragend. Ich bin der Meinung, dass die Medien auch in diesen Bereich gehören, weil sie systemrelevant sind. Sie spielen in einer Demokratie eine wichtige Rolle, insbesondere die Kleinen. Aber auch die Grossen haben ihre Berechtigung.
Samuel Lütolf: Das ist doch genau der Punkt: Weil die Medien im demokratischen Prozess eine derart zentrale Rolle spielen, ist es wichtig, dass sie unabhängig berichten und nicht vom Staat gefüttert werden. Füttert sie der Staat, werden sie früher oder später zu Staatsmedien. Sie sind dann von der Gnade der Regierenden abhängig, was die Berichterstattung verfälscht. Genau das zeigte neulich das Beispiel von Ringier-Chef Marc Walder. An einer Manager-Tagung sagte er, Ringier wolle mit seiner Berichterstattung die Corona-Politik der Regierungen unterstützen. Walder sagte das als Verlagsleiter, obwohl Verlag und Redaktion immer getrennt sind. Genau das passiert mit dem Medienpaket: Medien, die Geld erhalten, verlieren ihre Unabhängigkeit. Nur schon die Spur einer Vermutung, dass sie nicht mehr unabhängig sein könnten, ist aus meiner Sicht ein Problem.
Pascal Kaiser: Diese Meinung teile ich nicht. Seit 173 Jahren gibt es die indirekte Presseförderung. Sie vergünstigt das Porto für den Zeitungsversand. Ich sage daher sogar das Gegenteil: Kritisch berichten können nur Medien, die finanziell gesund sind. Viel schlimmer finde ich, wenn Mäzene oder Investoren die Zeitungen übernehmen oder man nicht genau weiss, wer hinter einer Zeitung steht und welche politischen Interessen die Eigentümer verfolgen. Ich verspreche Ihnen hier und jetzt: Wenn das Medienpaket angenommen wird, wird im ‹FS› keine Zeile anders geschrieben als vorher.
Samuel Lütolf: Bei Ihnen vielleicht nicht unbedingt. Und gegen die indirekte Presseförderung, also die Posttaxenverbilligung, habe ich auch nichts. Wahrscheinlich würde ich sogar ihre Erhöhung befürworten. Mir ist aber wichtig, dass man das ganze Medienpaket beurteilt – und nicht nur einzelne Elemente daraus. Bislang wurden nur Zeitungen mit einer Auflage bis 40 000 Exemplare mit insgesamt 30 Mio. Franken unterstützt. Diese Begrenzung, die kleine Verlage schützt, soll nun aufgehoben werden. Somit erhalten künftig auch Zeitungen wie der ‹Blick›, der ‹Tages-Anzeiger› oder die ‹Neue Zürcher Zeitung› diese Posttaxenverbilligung. Gemäss ‹K-Tipp› darf alleine der Tages-Anzeiger mit zusätzlichen Subventionen von 2,8 Mio. Franken rechnen. Insgesamt würde künftig etwa die Hälfte der Posttaxenverbilligung an die grossen Verlage gehen. Vom ganzen Medienpaket flössen voraussichtlich rund 70 Prozent der Gelder an die grossen Verlage.
Pascal Kaiser: Es gibt nicht nur grosse Medien, sondern auch kleine. 170 Zeitungen berichten in der Schweiz über das Lokale. Die genannten 70 zu 30 Prozent dementiere ich. Den Befürwortern des Medienpakets zufolge ist es genau umgekehrt. Fakt ist: Man kann es derzeit gar nicht sagen, denn das wird noch ausgearbeitet. Fakt ist auch: Die Gelder fliessen degressiv. Die Kleinverlage erhalten also im Verhältnis zur Auflage und Grösse mehr Geld als die Grossen. Und noch ein wichtiger Punkt: Die neuen Massnahmen sind auf sieben Jahre begrenzt. Bereits nach vier Jahren wird die Entwicklung beurteilt. Danach schaut man, wie man weiterfahren soll.
Samuel Lütolf: Das Gesetz legt tatsächlich noch nicht fest, wer am Schluss wie viel erhält und es stimmt, dass die Kleinen im Verhältnis zur Auflage mehr erhalten sollen als die

Der vorgeschlagene Ausbau der Medienunt

fab. Mit einem umfassenden Massnahmenpaket wollen der Bundesrat und die eidgenössischen Räte die Schweizer Medien fördern. Besonders die regionalen und lokalen Medien sollen gestärkt werden. Das Paket, über das am 13. Februar abgestimmt wird, besteht aus sechs Elementen. Insgesamt will der Bund dafür jährlich 151 Mio. Franken zur Verfügung stellen. Beispielsweise soll die Posttaxenverbilligung für abonnierte Zeitungen und Verbands- und Vereinsblätter aufgestockt werden. Künftig soll auch die Frühzustellung bezahlter Presseerzeugnisse subventioniert werden und auch Online-Medien sollen Fördergelder erhalten.



det sie gar mehr, als sie nützt? Ein Streitgespräch

chaft wichtig für die Demokratie ist. Ob und wie Medien gefördert werden sollen, sehen sie unterschiedlich. *Fotos: Matthias Niederberger*

Grossen. Weil aber die Auflagegrenze von 40 000 bei der Posttaxenverbilligung aufgehoben wird, erhalten die Grossen aufgrund ihrer hohen Auflage am Ende trotzdem viel mehr Geld, weshalb das Medienpaket die Kleinen sogar schwächt. Das geht einfach nicht! Der ‹K-Tipp› rechnet damit, dass die TX Group 17,3 Mio. Franken erhalten würde – und die schreibt bereits Millionengewinne! Insgesamt haben die vier grossen Verlage CH Media, NZZ, TX Group und Ringier im Corona-Jahr 2020 über 300 Mio. Franken Gewinn geschrieben. Ich verstehe nicht, warum man denen jetzt nochmals x Millionen in den Allerwertesten schieben soll. Derweil gibt man den Kleinen ein paar Almosen, dem ‹FS› vielleicht 30 000 bis 40 000 Franken.
Pascal Kaiser: Wie kommen Sie auf die Zahl?
Samuel Lütolf: Das ist meine Schätzung angesichts der ‹FS›-Auflage.
Pascal Kaiser: Aber das kann man schlichtweg noch nicht sagen. Ich schaue nicht auf die anderen. Für uns wären 50 000 oder 70 000 Franken einfach sehr viel Geld und wir könnten damit arbeiten.
Samuel Lütolf: Ich kann total nachvollziehen, dass Sie dafür sind, weil Sie Geld bekommen. Die indirekte Presseförderung ist für mich in Ordnung. Indem sie den Versand von Zeitungen begünstigt, greift sie ja weder ins Geschäftsmodell, noch in die redaktionelle Arbeit ein. Mit dem Medienpaket kommt aber beispielsweise auch eine Online-Förderung von 30 Mio. Franken. Sie ist eine direkte Presseförderung und geht nur an jene Online-Medien, die Abos verlangen. Bundesbern sagt also pauschal: Alle Medien, die gratis erscheinen, sind schlechter und erhalten nichts. Das ist doch nicht richtig!
Pascal Kaiser: Wenn man ein Paket schnürt, muss man solche Kriterien festlegen. Erhielten alle Geld, würde jeder schnell ein Online-Medienunternehmen gründen. Ich finde es gut, dass man nur bezahlte Medien unterstützen will. Im Print ist es ja genauso: Die indirekte Presseförderung erhalten nur abonnierte Zeitungen. Das ist doch der liberale Ansatz, den Sie befürworten: Ist ein Produkt gefragt, kann man es auch unterstützen. So soll es auch bei den Online-Medien sein.
Samuel Lütolf: Der Trend ist aber dahingehend, dass viele Leute werbefinanzierte Gratismedien konsumieren. Jetzt schwächt man dieses Geschäftsmodell und straft damit jene Leute, die nicht bereit sind, ein Abo zu bezahlen und die es nicht stört, wenn auf den Online-Plattformen Werbung angezeigt wird. Um diese Diskriminierung zu verhindern und weil ich die Abhängigkeit vom Staat nicht gut finde, bin ich gegen diese zusätzlichen Subventionen im Online-Bereich.
Pascal Kaiser: So wie ich informiert bin, gibt es kaum Gratis-Onlinemedien, die rentabel sind. Sie können sie an einer Hand abzählen. Dazu gehören ‹20 Minuten›, ‹Blick Online› und ‹watson›. Der Rest wird zu einem grossen Teil quersubventioniert.
Samuel Lütolf: Unter Medien verstehe ich heute nicht mehr nur Zeitungen, sondern auch medial tätige Einzelpersonen auf Youtube oder Blogs. Die straft man ebenfalls ab.
Pascal Kaiser: Aber eine Bezahl-Zeitung können Sie nicht mit so einem Gratis-Medium vergleichen! Wir bieten Qualitätsjournalismus. Unsere Journalisten arbeiten nach den Richtlinien des Schweizer Presserats. Andernorts kann jeder schreiben was er will und Fake-News verbreiten. Wer Fakten will, konsumiert ein Bezahl-Medium.
Samuel Lütolf: Davon bin ich nicht überzeugt. Es gibt mittlerweile sogar lokale, frei verfügbare Medien. In Ausserschwyz gibt es zum Beispiel ‹höfe24› oder ‹march24›. Die sind gratis und finanzieren sich mit Werbung.
Pascal Kaiser: Sind die rentabel?
Samuel Lütolf: Wenn's gemacht wird, wohl schon. Ich glaube nicht, dass die einfach Geld verbrennen.

Kommen wir zurück zum ‹FS›: Mit wie viel Geld aus welchen Töpfen könnte er nach einem Ja zum Medienpaket in etwa rechnen?
Pascal Kaiser: Es ist etwas paradox: Aus der indirekten Presseförderung würde jede unserer Zeitungen um sechs Rappen vergünstigt. Aber: Ab jetzt schlägt die Post bis 2025 jedes Jahr um 1,2 Rappen auf, unabhängig vom Ausgang der Abstimmung zum Medienpaket. Die zusätzliche Förderung würde damit weggefressen. Bei einem Nein am 13. Februar tragen wir die Mehrkosten. Früher oder später müssten wir diesen Aufschlag an die Abonnenten weitergeben. Zweitens könnten wir von der Online-Förderung profitieren. Hier rechne ich mit einem mittleren fünfstelligen Betrag. Das ist aber wirklich ohne Gewähr, denn der Bundesrat müsste die Bemessung noch ausarbeiten.

Was würden Sie denn mit diesen Mehreinnahmen tun? Die Inserateausfälle kompensieren?
Pascal Kaiser: Zumindest teilweise wäre das sicher so. Wenn neue Technologien im Online-Bereich kommen, müssen wir in unsere Online-Infrastruktur investieren. Diesbezüglich haben wir ähnliche Kosten wie die Grossen, aber nie dieselben Finanzierungsmittel. Uns würde ausserdem Geld für Mitarbeiterausbildungen und -schulungen zur Verfügung stehen. Zudem könnten wir dadurch Arbeitsplätze sichern.

«Sie sprechen immer über die vier Grossverlage. Daneben gibt es 166 Kleine, darunter wir.»

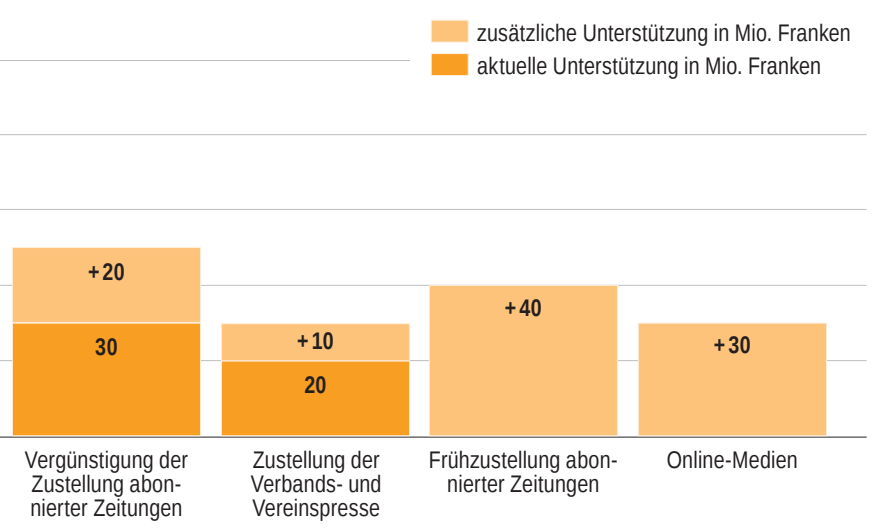
«Kritisch berichten können nur Medien, die finanziell gesund sind.»

Pascal Kaiser
Verlagsleiter ‹Freier Schweizer›

Ich möchte noch ein paar Abweichler thematisieren: Nicht alle Verleger sind am 13. Februar für ein Ja. Die ‹NZZ›-Redaktion sowie die ‹Weltwoche› haben sich dagegen ausgesprochen. Können Sie das nachvollziehen?
Pascal Kaiser: Es gibt nicht *die* Medien und man kann sie auch nicht vergleichen. Ich kenne deren Geschäftsmodelle nicht ganz genau. Eine ‹NZZ› kostet im Jahresabo 949 Franken, der ‹FS› 154 Franken. Hätten wir den dreifachen Abopreis, wäre ich auch etwas entspannter! *(lacht)* Möglicherweise haben die genannten Redaktionen auch eine andere Haltung als der Verlag.

Letzte Woche sprach sich SVP-Ständerat Alex Kuprecht für ein Ja zum Medienpaket aus, dies gerade mit Blick auf den Kanton Schwyz, wo es noch mehrere unabhängige Lokal- und Regionalverlage gibt. Haben Sie keine Bedenken, dass gerade in ländlichen Gebieten die Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien künftig gefährdet sein könnte?
Samuel Lütolf: Extrem gefährdet sehe ich die Unabhängigkeit durch die staatlichen Subventionen. Vor Kurzem haben vier kleine Verlage in einer gemeinsamen Mitteilung bekannt gegeben, dass sie die zusätzlichen Mediensubventionen ablehnen. Es handelt sich dabei um Gratiszeitungen die im Kanton Bern regional und lokal berichten und durch die Ungleichberechtigung ihr Geschäftsmodell gefährdet sehen. Vielfalt und Unabhängigkeit erreichen wir nicht mit staatlichen Subventionen, sondern mit gleich langen Spiessen für alle Marktteilnehmer. Genau das wird durch das Medienpaket vereitelt.

Warum genau soll die journalistische Unabhängigkeit gefährdet sein oder ein Journalist anders schreiben, nur weil die Posttaxen verbilligt werden?
Samuel Lütolf: Im Paket ist eben neben der Posttaxenverbilligung noch anderes enthalten: Unter anderem 40 Mio. Franken für die Früh- und Sonntagszustellung, die Förderung der Online-Medien für 30 Mio. Franken und die Erhöhung der Unterstützung für konzessionierte Radio- und TV-Sender um 28 Mio. Franken. Und davon gehen rund 70 Prozent an die grossen Medienhäuser.
Pascal Kaiser: Nein, das sagen Sie! Bundesrätin Simonetta Sommaruga sprach von 30 Prozent.
Samuel Lütolf: Aber wieso hebt man denn die 40 000er-Grenze bei der Posttaxenverbilligung auf? Damit werden jetzt einfach hochprofitable Verlage wie die TX Group, NZZ, Ringier oder CH Media bevorteilt. Es ist ein Paket für die Grossen und Sie kriegen ein paar Almosen. Ich verstehe, wenn der ‹FS› dieses Goodie gerne hätte. Aber ich rede vom ganzen Paket – und das ist nicht gut.
Pascal Kaiser: Die erwähnten Verlagshäuser verdienen nicht mit Journalismus so viel Geld, sondern unter anderem mit Auktionsplattformen. Deren Millionengewinne sind Konzern-Abschlüsse. Damit quersubventionieren sie ihre Medien. Wir haben mit dem ‹FS› nur ein Produkt, eine Zeitung. Damit müssen wir arbeiten. Wir können nicht diversifizieren. Sie sprechen jetzt immer über die vier Grossverlage. Daneben gibt es 166 Kleine, darunter wir. Ein Paket ist halt immer ein Kompromiss, der möglichst viele Interessen abdecken muss, um mehrheitsfähig zu sein.
Samuel Lütolf: Mit diesem Paket hat man Subventionen für Grossverlage mitgeschmuggelt. Es ist einfach so!
Pascal Kaiser: Diese Meinung teile ich nicht. Ganz viele Kleine profitieren, damit sie einen guten Job für Vereine, die Kultur, die Politik, den Sport und das gesellschaftliche Leben in ihrer Region machen können.

Ich halte fest: Wir stimmen über ein Paket ab und je nach dem, was einem wichtiger ist oder gegen den Strich geht, sagt man dazu Ja oder Nein. Machen wir einen Punkt: Was würde sich für den ‹FS› ändern, wenn es am 13. Februar ein Nein geben sollte?
Pascal Kaiser: Unmittelbar nichts. Aber mittel- und langfristig nimmt der Druck einfach weiter zu und wir müssen über Szenarien wie substanzielle Abopreiserhöhungen und eine Reduktion des Erscheinungsrhythmus nachdenken. Das ist noch weit weg, aber der Druck wird steigen. Wer unserem Kleinverlag und damit dem ‹FS› etwas Luft verschaffen will, stimmt am 13. Februar Ja.
Samuel Lütolf: Wer freie und unabhängige Medien will, muss Nein stimmen. Wer Grossverlage, die Millionen- und Milliardengewinne schreiben, nicht zusätzlich subventionieren will, muss ebenfalls Nein stimmen. Und wer keine staatliche, sondern private Medien will, muss auch Nein stimmen.

terstützungsgelder im Überblick